

XL-Steuern sind für Unna unerlässlich

Bürgerantrag auf Rücknahme des 60-Prozent-Aufschlages abgelehnt

Von Sebastian Smulka

UNNA ■ Die Grundsteuer B bleibt unverändert hoch. Auch ein erneuter Bürgerantrag auf freiwillige Rücknahme ist nun gescheitert. Stadt und Politik weisen Kritik an ihrer Entscheidung inzwischen brüsk zurück.

Allein FDP-Fraktionschef Martin Bick mahnte nun in einer Debatte des Haupt- und Finanzausschusses dazu, die Sorgen der Bürger Ernst zu nehmen. Dem Antrag auf Rücknahme der Steuererhöhung erteilte aber auch er keine Zustimmung. Dabei hatte die FDP noch vor einem Jahr als einzige Fraktion gegen den Steuerzuschlag um 60 Prozent gestimmt, weil die Stadt nicht alle eigenen Einsparpotenziale geprüft habe.

Ansonsten stieß der Antrag einer Unnaer Bürgerin nicht nur auf Ablehnung in der Sache, sondern auch auf eine Gegenrede mit teils scharfer Wortwahl. FLU-Fraktionschef Klaus Göldner etwa erklärte, der Antragstellerin das erbetene Ant-

wortschreiben nicht geschickt zu haben, weil in dem Antrag „zu viel Unrichtiges drin gestanden“ habe. GAL-Fraktionschef Albert Hartmann gab auf die Kritik der Bürgerin zu bedenken, dass die Ratsmitglieder letztlich Freizeitpolitiker seien. Jeder, der es besser könne, dürfte sich gern zur Wahl stellen.

Näher an der Sache war der SPD-Fraktionsvorsitzende Michael Hoffmann. Er rechtfertigte die Steuererhöhungen damit, dass die letzten freiwilligen Leistungen der Stadt bereits substantiell seien, zählte etwa das Hallenbad am Bergenkamp oder die höheren Zuschüsse für Kindergartenträger auf, ohne die diese ihre Arbeit einstellen würden. Dagegen seien Pflichtleistungen im Sozialbereich von der Stadt nicht zu kürzen. Kämmerer Karl-Gustav Mölle verwies darauf, dass die Stadt bereits seit 20 Jahren Haushaltssicherung betreibe. Die Steuererhöhung war aus seiner Sicht ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit, „die einzige Chance, die Neuverschuldung zu stoppen“.

Steuern bleiben hoch

UNNA ■ Am 60-prozentigen Aufschlag bei der Grundsteuer B ist offenbar nicht zu rütteln. Nachdem Klagen von 68 Unnaer Bürgern vor Gericht gescheitert waren, weist die Stadt auch Bürgeranträge auf eine freiwillige Rücknahme ab. ► Seite 17